

Die Tribüne

Die unabhängige Plattform für eine kritische Beobachtung der Politik im Kanton Zürich!

Jetzt anmelden
die-tribuene.ch

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik Gängelung des Bürgers an allen Fronten von Reinhard Wegelin Seite 2	Kanton Zürich Klimahype kostet weiter viel Geld von Paul von Euw Seite 3	Aktuell Fortschritt darf nicht zum Zwang werden von Sean Burgess Seite 4	Parlamentsgemeinden Demokratie lebt vom Widerspruch von Roman Mörgeli Seite 6	Veranstaltungs-Tipp Polit-Apéro 28. August SVP Zürich 11 Seite 7
--	--	--	---	---

ABSTIMMUNG 27. SEPTEMBER 2026 – LEHRPERSONALGESETZ

163 000 Franken Lohn pro Jahr sind nicht genug?

Alle paar Jahre fordert die Lehrgewerkschaft höhere Löhne. Mittlerweile verdient man im Kanton Zürich als Kindergärtnerin oder Primarlehrer ohne Berufserfahrung vom ersten Tag an 100 000 Franken im Jahr – im Laufe der Jahre dann automatisch immer mehr, bis zu 153 000 Franken. Bei Sekundarlehrern sind es sogar 163 000 Franken. Was hingegen sinkt statt steigt, ist die Bildungsqualität.

Das endlose Gejammer der Lehrergewerkschaft hat sich ausgezahlt: Lehrer gehören inzwischen zu den bestbezahlten Berufsleuten. Schon die Einstiegsgehälter liegen im Kanton Zürich 12 000 bis 20 000 Franken über denjenigen in unseren Nachbarkantonen. Der Maximallohn sogar 20 000 bis 30 000 Franken höher. Doch der Lehrergewerkschaft ist das immer noch nicht genug. Die linken und grünen Parteien, bei denen die Lehrer stark vertreten sind, nahmen die masslosen Forderungen auf und sorgten zusammen mit der Mitte-Partei für eine Mehrheit, die die Lehrerlöhne ein weiteres Mal erhöhte. Nur die SVP, die EDU und die FDP stellten sich dagegen und ergriffen das Referendum. Nun darf das Stimmvolk am 27. September darüber befinden, ob jeder Lehrer nochmals einige Tausender pro Jahr mehr verdienen soll.

Steuererhöhungen zugunsten von Topverdienern?
Weil die Gemeinden 80 Prozent der Lehrerlöhne bezahlen müssen und der

Kanton nur 20 Prozent, schlossen sich auch 102 Gemeinden zusammen, um sich gemeinsam gegen die Änderung des Lehrpersonalgesetzes zu engagieren. Die jährlich wiederkehrenden Mehrkosten würden sich nämlich auf 83 Millionen Franken belaufen. Steuererhöhun-

gen wären vorprogrammiert. Besonders schlimm daran ist, dass dieses viel Geld unsere Volksschule nicht im geringsten verbessern würde. Auch die Schüler hätten rein gar nichts davon. Nur die Lehrer würden profitieren. Noch mehr Geld also für eine stetig sinkende Bildungsqualität. Noch mehr Lohn für eine jetzt schon hochbezahlte Berufsgruppe.

Höhere Löhne beseitigen die Probleme nicht
Die Probleme unserer Volksschule sind zahlreich. Die Bildung leidet unter den Reformen der letzten 20 Jahre, die gegen den Willen der SVP durchgesetzt wurden: Die Integration um jeden Preis, die Fremdsprachen auf Primarstufe, die Degradierung des Lehrers zum Lerncoach und das Lernen nach Lust und

Laune, um nur einige der Probleme zu nennen, die den Schulbetrieb erschweren. Die Lehrer beklagen sich bezeichnenderweise auch nicht über ihren Lohn, sondern über die belastende Alltagssituation. Wenn schulisch starke Schüler mit Kindern in einem Zimmer sitzen, die verhaltensauffällig sind oder die nicht einmal Deutsch sprechen, dann ist das Chaos die logische Konsequenz. Das spüren die Lehrer an jedem Tag. Doch diese Probleme werden nicht beseitigt, indem man den Lohn erhöht. Man besänftigt damit die unzufriedenen Lehrer, aber das ist nicht nachhaltig.

Nicht nur der Lehrberuf wurde anstrengender
Ja, der Lehrberuf wurde in den letzten zwanzig Jahren anspruchsvoller und stressiger, aber welcher Beruf wurde das nicht? Die fordernden Eltern sind die zeitraubenden Kunden in der Privatwirtschaft, und die unerzogenen Schüler sind die arbeitsscheuen Lehrlinge in den Gewerbebetrieben. Auch jeder Büroberuf wird mit E-Mails geflutet, und die Digitalisierung hat auch jeden anderen Beruf verändert. Doch die Lehrgewerkschaft hat es meisterhaft geschafft, die Lehrertätigkeit so darzustellen, als ob es sich um den einzig anstrengenden Beruf handle, der angeblich auch noch unterbezahlt sei. Die allermeisten Leute wären vor diesem



SVP, FDP und EDU sagen zusammen mit 102 Gemeinden klar NEIN zum Lehrpersonalgesetz.

Bild: zVg

Abstimmungskampf nicht im Traum auf die Idee gekommen, wie hoch die Lehrerlöhne wirklich sind.

13 Wochen Ferien
Jetzt ist die Lehrgewerkschaft mit einem neuen Argument gekommen: Der durchschnittliche Lehrer mache angeblich acht Wochen unbezahlte Überzeit pro Jahr. Eine reine Behauptung, die niemand beweisen kann. Der Lehrberuf ist und soll auch kein Job mit Stempeluhr sein. Es war schon immer so, dass es Lehrer gab, die viel mehr leisteten als andere, mit sicher vielen Wochen, die

derung des Lehrpersonalgesetzes würde aber alle Lehrer mit mehr Lohn beglücken – die hervorragenden Lehrer und die Nullnummern gleichermaßen.

«Die Schule muss sich wieder auf Kernauftrag konzentrieren.»

mehr als 50 Arbeitsstunden zählen. Die 13 Wochen Schulferien entschädigen dafür aber mehr als genug. Die wenigsten Lehrer verwenden von dieser Zeit mehr als zwei oder drei Wochen für die Vorbereitung des nächsten Semesters. Zudem gibt es auch die anderen Lehrer, die so gut wie nichts vorbereiten und nie Hausaufgaben korrigieren. Die An-

Zurück zum Kernauftrag
Anstatt die Löhne zu erhöhen, sollten also gezielt die belastenden Probleme angegangen werden. Die SVP wüsste, wie das geht: Die meisten Reformen der letzten 20 Jahre sollten rückgängig gemacht werden, die Schule sich wieder auf ihren Kernauftrag konzentrieren. Der durchschnittliche Lehrer arbeitet nur 84 Prozent seiner bezahlten Zeit mit und für die Schüler, die übrigen 16 Prozent werden mit vom Schulleiter angeordneten Projektgruppen oder sinnlosen Weiterbildungstagen verschwendet. Und ja, auch das Ausräumen des Geschirrspülers im Lehrerzimmer wird als Arbeitszeit angerechnet. Die 84 Prozent müssten unbedingt erhöht werden, der Lehrer soll dafür da sein, zu unterrichten. Solange die Probleme unserer Schulen mit immer mehr Geld zugedeckt werden, wird sich nichts verbessern. Darum muss die Änderung des Lehrpersonalgesetzes im September unbedingt abgelehnt werden. Nur so wird der Weg frei für gute Lösungen.

Die Partei des Mittelstandes

Fiire mit de SVP

Treffen Sie unsere Regierungsratskandidaten
Natalie Rickli und Martin Hübscher
sowie zahlreiche Kantonsratskandidaten

Party-Band:
Compass

Dresscode:
Rot-Weiss oder
Edelweiss

22. Oktober 2026
Ab 19.00 Uhr

1 Essen und
1 Getränk offeriert

Chesselhuus
Pfäffikon

Jetzt mitmachen und Abstimmungskampagne unterstützen: www.neutralitaet-ja.ch

Kein KRIEG. JA

zur Schweizer Neutralität



Christoph Mörgeli

Abarbeiten an Blocher

Christoph Blocher sei «der wohl bedeutendste Schweizer Politiker der letzten vierzig Jahre». Keiner habe direkt oder indirekt so viel bewirkt. Und an niemandem sonst habe sich die Schweiz «so abgearbeitet». Soweit die Einleitung der Tamedia-Hörsendung «Politbüro». Weil auch die Journalisten lieber abarbeiten als arbeiten, heisst ihr Thema Christoph Blocher. Fast keine Journalisten verstehen etwas von Wirtschaft. Darum hört man in der Sendung «Politbüro» kein Wort über Blochers wirtschaftlichen Erfolg. Dabei stand seine unternehmerische Tätigkeit stets absolut im Mittelpunkt seines Wirkens; die Politik war letztlich blosses Nebenprodukt. Schon gar nicht will man einräumen, dass er die Zukunft der Schweiz ausserhalb der EU klarer gesehen hat als sämtliche gegen ihn vereinten Untergangspropheeten. Die vier plaudernden Journalisten können sich nicht an die grossen europapolitischen Kämpfe des letzten Jahrtausends erinnern. Kein Wunder, denn die damaligen Medienvertreter haben sich bei Blocher selten sehen lassen. Der Schweizer Journalistenverband blamierte sich gar mit dem «Aufruf: Boykottiert Blocher!» Er habe die SVP zur grössten Schweizer Partei gemacht. Jetzt wolle er es mit der Neutralitätsinitiative noch einmal wissen. Die Abgrenzung gegen Europa sei bei Blocher ein «Grundgedanke in der ganzen politischen Karriere». – «Er hat seine politische Karriere auf dieser Abgrenzung aufgebaut.» – «Er hat seine Karriere auf dem EWR-Nein richtig gestartet.» – Seltsam, dass er keine Mühe habe, «seine Karriere mit einer Niederlage zu beenden». Soviel Karriere war nie. Tamedia-Journalisten können sich ein Engagement ohne Karrieredenken nicht vorstellen. Dabei gehört es gerade zu Blochers Erfolgsrezepten, dass ihn eine Karriere, überhaupt die Rücksicht auf seine Person, zeitlebens am allerwenigsten interessiert hat. Er würde wohl weit eher das Dichterwort zitieren: «Was rühmst du deinen schnellen Ritt! Dein Pferd ging durch und nahm dich mit.» Journalisten würden besser ihr Wissen verheimlichen. Statt ihr Nichtwissen offenbaren.

MEDIENMITTEILUNG DER SVP SCHWEIZ

Bundesrat will keine obligatorische Volksabstimmung über die EU-Verträge

Der Bundesrat lehnt die «Kompass-Initiative» ab. Volk und Kantone sollen bei zentralen Staatsverträgen nicht zwingend mitentscheiden können. Das Motiv ist klar: Der Bundesrat will den EU-Unterwerfungsvertrag um jeden Preis durchdrücken und dafür unsere demokratischen Rechte aushebeln.

Der Bundesrat macht den Weg frei für den schleichenden EU-Beitritt der Schweiz. Mit der am 12. August verabschiedeten Botschaft lehnt er die sogenannte «Kompass-Initiative» ab. Einen Gegenvorschlag legt er nicht vor.

Die Kompass-Initianten wollen, dass bei Verträgen, die unsere staatlichen

letzte Wort haben. Wichtige und folgenreiche Verträge müssen durch eine Volks- und Kantonsmehrheit breit abgestützt sein. Die EU-Bundesräte Cassis und Jans wollen genau das verhindern.

Bundesrat will Volk und Stände entmachten

Mit der Ablehnung der «Kompass-Initiative» entmacht der Bundesrat die Kantone und das Volk. Und das ausgerechnet bei einem Vertragspaket, das gemäss der gleichen Regierung von grösster Bedeutung sei. Der Widerspruch ist offensichtlich. Dass gerade beim EU-Unterwerfungsvertrag das Volk möglichst wenig zu sagen haben soll, ist entlarvend: Es geht den EU-Befürwortern um

die Ausschaltung der schweizerischen Demokratie.

Die wahre Agenda hinter der heutigen Botschaft: Mit einem Nein zur «Kompass-Initiative» will der Bundesrat den Weg freimachen für den EU-Unterwerfungsvertrag. Besonders dreist ist die Begründung: Die Verträge würden keinen derart schwerwiegenden Eingriff in die staatliche Ordnung darstellen, dass ein obligatorisches Referendum gerechtfertigt wäre.

Es braucht schon viel politische Unverfrorenheit, um zu diesem Schluss zu kommen! Denn die EU-Verträge stellen die Schweiz und ihre gewachsenen Institutionen auf den Kopf. Sie bedeuten einen fundamentalen Umbau unseres

Staatssystems mit seinem fein austarierten Zusammenspiel von Bund und Kantonen.

EU-Unterwerfungsvertrag zerstört Schweizer Erfolgsmodell

Die Kantone gehörten bei einer Annahme des EU-Unterwerfungsvertrags zu den grossen Verlierern. Kompetenzen würden nach Brüssel verlagert. EU-Rechtserlasse gelten mehrheitlich direkt – ohne parlamentarische Behandlung, ohne Vernehmlassung, ohne Volksabstimmung. Damit wird das Schweizer Erfolgsmodell willentlich zerstört.

Nur die SVP setzt sich kompromisslos für das Ständemehr und die demokratischen Rechte der Schweizer Bevölkerung ein.

«Der Bundesrat will unsere demokratischen Rechte aushebeln.»

Grundlagen und die Kompetenzen von Bund und Kantonen wesentlich verändern, Volk und Stände zwingend das



Mit der Ablehnung der «Kompass-Initiative» entmacht der Bundesrat die Kantone und das Volk.

Bild: SVP Schweiz

Was die Kompass-Initiative konkret ändert

Heute: Staatsverträge mit wichtigen rechtsetzenden Bestimmungen unterstehen grundsätzlich nur dem fakultativen Referendum. Eine Volksabstimmung findet somit erst statt, wenn innerhalb von 100 Tagen 50 000 Stimmberechtigte unterschreiben oder acht Kantone das Referendum verlangen. Für die Annahme genügt anschliessend das Volksmehr.

Mit der Kompass-Initiative: Solche weitreichenden Staatsverträge müssten zwingend Volk und Ständen vorgelegt werden. Es bräuchte sowohl die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten als auch der Mehrheit der Kantone.

Das bedeutet: Je stärker ein Staatsvertrag in die schweizerische Gesetzgebung und staatliche Ordnung eingreift, desto breiter muss er demokratisch abgestützt sein. Gerade bei Verträgen, die dauerhaft Recht und Kompetenzen ins Ausland verlagern, dürfen die Kantone nicht übergangen werden.

VOM VEGAN-ZWANG ZUM WERBEVERBOT

Die Gängelung des Bürgers an allen Fronten

Offenbar ist Essen keine Privatsache mehr. Ende September stimmen wir über den Vegan-Zwang der Ernährungsinitiative ab. Daneben will der Bund Werbung für ungesunde Lebensmittel massiv einschränken.



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Schokolade ist beliebt, auch bei Kindern. Das stört den Bund. Er will Werbung für zu süsse, zu salzige und zu fette Produkte massiv reduzieren. Was ungesund ist, sagt natürlich der Bund. Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) verhandelt derzeit mit der Lebensmittelbranche über eine «freiwillige Selbstregulierung».

Verbannung von Werbung für Kinder

Werbung für ungesunde Produkte, die sich speziell an Kinder unter 13 Jahren richtet, soll praktisch verbannt werden. Vor allem die Schulen sollen vor Werbung geschützt werden. Auch in einem Umkreis von hundert Metern um die Schulen will man Werbung verbieten.

Keine Glacé-Reklame in Kinos

Das BLV plant noch weitere Bevormundung. Im Fernsehen und im Radio soll künftig eine halbe Stunde vor und nach einer Kindersendung keine Werbung mehr für Süsses und Fettiges zu sehen sein. Im Kino soll «Junk-Food-Werbung» ebenfalls nicht mehr abgespielt werden dürfen, wenn ein Film für unter 13-Jährige freigegeben ist. Das heisst, es darf keine Glacé-Reklame gezeigt werden, auch wenn das Kind mit seinen Eltern im Kino sitzt.

Das BLV will mit diesen ziemlich extremen Massnahmen die Eltern entlasten. Ist das wirklich die Aufgabe dieser Behörde? Wäre Aufklärung und Information nicht besser? Zu viel Süsses und Fettiges kann ernsthafte Folgen haben: An Schweizer Schulen und Kindergärten ist eines von fünf Kindern zu dick. Aber Chips oder Schokolade sind erlaubte Produkte und nicht illegale Substanzen.

Verbot per Selbstverpflichtung

Ein staatliches Lenken von Essgewohnheiten ist überall im Vormarsch. So will man in Deutschland eine Zuckersteuer und eine Abgabe auf Süssgetränke ein-

führen. Davor haben die hiesigen Lebensmittelfirmen und Detailhändler mit Recht Angst. Sie sind offenbar bereit, mit dem Bund über eine «freiwillige Selbstverpflichtung» zu reden. Das Ziel ist eine Reduktion der Werbung für zu süsse, salzige, fettige und energiereiche Lebensmittel und Getränke, die sich an Kinder unter 13 Jahren richtet. Die Bedingungen: Die Selbstregulierung muss über die gesamte Branche erfolgen und alle relevanten On- und Offline-Werbekanäle abdecken, über die Kinder unter 13 Jahren zahlreich und gezielt erreicht werden. Die Werbereduktion müsse nach dem BLV

wissenschaftlich fundiert anhand des Nährwertprofils der Weltgesundheitsorganisation (WHO/Europa) erfolgen. Das Ziel ist die Einführung der Massnahmen für 2027. Das Volk wird nichts dazu zu sagen haben.

Einschränkung der Konsumfreiheit

Während der Bund bereits in die Konsumentengewohnheiten seiner Bürger eingreift, will nun die extreme Ernährungsinitiative in der Verfassung eine vegane Ernährung festschreiben. Der Vegan-Zwang wurde aber von allen Parteien abgelehnt. Er würde die Konsumfreiheit massiv einschränken und die Preise fürs Essen erhöhen. Der Bürger wird gegängelt. Ob mit Werbepolizei oder Vegan-Zang ist einerlei.



30 Minuten vor und nach Kindersendungen soll keine Werbung mehr für Süsses und Fettiges zu sehen sein.

Bild: pixabay

BERICHT AUS DEM KANTONSRAT

Hitzetage, hitzige Debatten und ein Donnerwetter

Die erste Sitzung des Kantonsrates nach den grossen Sommerferien startete mit dem FDP-Antrag, das Traktandum 3 abzusetzen. Das Traktandum 3, die Wahl von Birgit Tognella (SP, Wangen-Brüttisellen) ins Sekretariat des Kantonsrats, eher eine Formsache, sollte verschoben werden.



Lorenz Habicher
Kantonsrat SVP
Zürich

In Unkenntnis des Rates soll sich Kuri-oses zugetragen haben und niemand, ausser Inside Paradeplatz, die FDP und die Kandidatin selbst, wusste, was sich unter Tage zugetragen hatte ... Mag es am Totalschaden des wertvollen fahr-baren Eigentums, im Besitz einer SP-Frau, in der nassen Dunkelheit einer Tiefgarage gelegen haben, dass es zum mutmasslichen «Ausraster» gekommen ist? Ein kleiner Teil, 28 Mitglieder des Kantonsrates, wollte vertiefte Abklärungen anstellen, der Rest schritt zur Wahl. Dass personelle Vorgänge die FDP bei Wahlen beschäftigen, konnte man auch der NZZ entnehmen ... offizieller Kan-didat, wilde Kandidatin – beide unter FDP-Farben – kämpfen erbittert um eine Richterstelle im gleichen Bezirk ... Vor den Ferien noch der wilde Ritt, im Al-leingang gegen eine valable Spitalrats-kandidatur, und jetzt sowas. Kann es der Sommerhitze zugeschrieben werden oder was soll der Wähler von diesen FDP-Kapriolen halten?

Vier neue Mitglieder

Ungleich würdevoller konnte danach der Eintritt von gleich vier neuen Mit-gliedern in den Kantonsrat begangen werden. SVP-Kantonsrat René Isler (Win-terthur) setzte dabei seine Fähigkeiten als Fotograf gekonnt in Szene und nahm kurzerhand, für den besten Blickwinkel, den Platz eines Regierungsrates ein! Die kommende Gesamterneuerungs-wahl 2027 liegt in der Luft und wird (ab jetzt) alle Sitzungen und Debatten beeinflussen ... Nichts Neues, aber frü-her als in vergangenen Jahren!

Zum Tagesgeschäft

Initiant Artur Terekhov konnte erfolg-reich seine Einzelinitiative zur Einfüh-rung einer Sprungbeschwerde vorstel-len. Zwei Mal zehn Minuten und etwas Redezeitüberschreitung ... mit 79 un-terstützenden Stimmen aus FDP, GLP und Teilen der SP, wird ein als «Querulan-ten»-Instrument verschrienes Anliegen vorerst einmal geprüft.

Der Rahmenkredit 2026–2029 für Subventionen gestützt auf §16 des Ener-

giegesetzes wird von SVP-Kantonsrat Paul von Euw (Bauma) im Kommentar zu diesem Bericht beleuchtet, womit ich über diese 60 Millionen Franken keine weiteren Worte verlieren werde.

Beim Objektkredit für die Ausfüh-rungsplanung und die Umsetzung der Sihl bei Sihlwald stellte SVP-Kantons-rat Urs Wegmann (Neftenbach) leider erfolglos den Minderheitsantrag. Sein pointiertes Votum wurde aber durch einen heftigen Knall (Blitz und Donner gleichzeitig) genau im richtigen Mo-ment beendet. Vielleicht ein himm-lisches Zeichen, dass die anderen Frak-tionen falsch lagen? Zur Pause gab Regierungsrat Martin Neukom noch eine persönliche Erklärung (Einschät-zung) zum Hitzesommer 2026 ab und wie auf Bestellung sekundierte Thomas Forrer von den Grünen seinem Klima-Idol mit einer Fraktionserklärung. Wis-senswert, extreme Wetterereignisse gab es schon immer, aber solche Ausreisser

werden in einer wissenschaftlichen Sta-tistik, falls sie überhaupt einfließen, wieder um einiges relativiert. Zur Erin-nerung: Die Erneuerungswahlen 2027 stehen an und es fehlt einigen Fraktio-nen an Glaubwürdigkeit und Ergebnis-sen für die politische Legislatur-Bilanz. Dies zeigte sich an den letzten Geschäf-ten des Morgens. Kreislaufwirtschaft, Postulate fordern Berichte und diese werden dann im Rat abgeschieden. So einfach kann es zusammengefasst werden und SVP-Kantonsrat Christoph Marty (Zürich) zeigte es klar auf; die Praxis auf dem Bau unterscheidet sich in mehr als vielen kleinen Facetten von der Theorie am Schreibtisch ... Na-türlich kann die Klima-Allianz von Klima-Streik zu Klima-Streit wandeln, aber ihre millionenschweren Forde-rungen und Vorstösse verpuffen ohne Einfluss auf Wetter oder politisches Klima, wenn keiner mit ihnen darüber streiten will.



Die beiden neuen Kantonsräte für die SVP: Matthias Stutz, Marthalen, und René Schweizer, Fischenthal.
Bild: René Isler, Kantonsrat

WORTE DES PARTEIPRÄSIDENTEN

Neutralität zeigt sich, wenn es schwierig wird

Mit der Neutralität verhält es sich ähn-lich wie mit der Meinungsfreiheit: Ihr wahrer Wert zeigt sich dort, wo es nicht mehr einfach und bequem ist. Meinungsfreiheit braucht es nicht für Aussagen, denen ohnehin alle zustim-men. Und Neutralität braucht es nicht, solange Frieden herrscht und sich alle einig sind. Sie bewährt sich dann, wenn Konflikte eskalieren, wenn Krieg herrscht und von allen Seiten Druck ausgeübt wird, Partei zu ergreifen. Ge-rade in diesen schwierigen Momenten muss die Schweiz wissen, wofür sie steht: für die immerwährende und be-waffnete Neutralität.

Unsere Neutralität bedeutet keines-wegs Gleichgültigkeit gegenüber dem Leid anderer Menschen. Ganz im Ge-genteil. Die Schweiz soll sich für den Frieden einsetzen. Sie soll ihre guten Dienste anbieten, Gesprächskanäle of-fenhalten und dort vermitteln, wo an-dere längst nicht mehr miteinander sprechen. Das kann sie aber nur glaub-würdig tun, wenn sie ihre Unabhängig-

keit bewahrt und sich keinem inter-nationalen Machtblock zuordnet. Wer vermitteln will, muss mit allen Sei-ten reden können. Eine glaubwürdige Neutralität ist deshalb kein Wegschau-en bei den Problemen dieser Welt, son-dern ein eigenständiger Beitrag zu deren Lösung.

Neutralität hat aber noch eine zwei-te, elementare Aufgabe: Sie soll unser eigenes Land schützen. Generationen von Schweizern wussten, weshalb sich unser Land aus fremden Kriegen he-raushält. Wir wollen keine Schweizer Soldaten auf fremden Schlachtfeldern. Wir wollen keine Schweizer Familien, die ihre Söhne und Töchter in Konflik-ten verlieren, die nicht unsere Kriege sind. Unsere Aufgabe ist es, die Frei-heit, Sicherheit und Unabhängigkeit der Schweiz zu bewahren.

Zu viele Politiker suchen die Zukunft der Schweiz auf dem internationalen Parkett und setzen auf immer engere Verflechtungen mit internationalen Gremien und Bündnissen. Dabei wird

gerne von Zusammenarbeit, Verant-wortung und gemeinsamen Werten ge-sprochen. Doch in diesen Gremien geht es nicht allein um hehre Ziele. Dort treffen handfeste Interessen aufeinan-der, dort wird um Einfluss gerungen und dort wird Macht ausgeübt. Gerade deshalb darf die Schweiz ihren eigenen Kompass niemals aus der Hand geben.

Jetzt kommt es auf den Einsatz in den kommenden Wochen an. Wenn wir alle noch mindestens 10 Personen von einem JA zur Neutralitätsinitiative über-zeugen, können wir diesen wichtigen Abstimmungskampf für unser Land ge-winnen! Kein Krieg. JA zur Schweizer Neutralität.



von
Domenik
Ledergerber

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Der Klimahype kostet weiter viel Geld



Paul von Euw
Kantonsrat
Bauma

Die 60 Millionen Franken Fördergelder des Kantons Zürich für energetische Ver-besserungen an Gebäuden, Heizungser-satz, aber auch für energetische Pilotpro-jekte und Planungen erscheinen neben den 228 Millionen Franken schon fast etwas mickrig. Aber Achtung! Der Schein trügt.

Am vergangenen Montag bewilligte der Zürcher Kantonsrat einen weiteren Sack voller Geld im Wert von 60 Millionen Fran-ken für den erwähnten Zweck und folgte damit dem Antrag des Regierungsrates. Im Zuge des stattlichen Zürcher Beitrages werden zusätzlich 228 Millionen Franken aus der Bundeskasse und aus den CO₂-Abgaben ausgelöst. Beide Kassen sind be-kanntlich auch keine Geldquellen, sondern lediglich Geldreservoir. Reservoir, wel-che durch die Steuerzahler und Autofah-er sowie Hauseigentümer, das Gewerbe etc. Jahr für Jahr gefüllt werden müssen. Ich nehme es vorweg: Auch die SVP-Frak-tion hat den Fördergeldern, wenn auch zähneknirschend, zugestimmt. Nach einer gründlichen Fraktionsdiskussion kam die SVP zum Schluss: Ja, wir brauchen eine finanzielle Entlastung von Wohneigen-tümern und damit auch von Mietern. Sie fragen sich jetzt zu Recht, weshalb es überhaupt eine Entlastung braucht? Die Gründe liegen im Energie-Verbots-Wald, welcher auf der verfehlten Schweizer Ener-giepolitik und einem verflitzten «Züri-Finish» basiert.

Verbote, Auflagen, Regulierungen, Um-erziehung und Verwirklichung. Diese fünf Wörter liefern eine umfassende Antwort und den Grund für künstlich verteuerte Baukosten.

Würden sich die Fördergelder ausschliess-lich in den Baukosten niederschlagen, wäre das noch eins. Richtig abgehoben wird es aber bei der Förderung für energetisch nachhaltige Raumplanung, welche durch selbst proklamierte Nachhaltigkeits-Bera-tungsbüros erarbeitet werden. Umwelt-wissenschaftler verkaufen ihre Ideologie an die öffentliche Hand und werden mit-tels der Fördergelder bezahlt. Oder spezi-elle, teilweise eigenartige Ideen, welche in einem Leuchtturmprojekt enden sollten. Ob und wie sich diese sogenannten Pilot-projekte letztendlich rentabel vermarkten lassen, ist unwichtig. Wichtig ist dabei nur die Förderung und das gegenseitige Schulterklopfen für nichts.

Und dagegen wird sich die SVP-Frak-tion weiterhin wehren. Wir brauchen keine Umweltschutzbüros und keine Leuchtturm-projekte. Wir wollen keine energetische Be-vormundung der Bevölkerung durch den Staat, solange unser CO₂-Fussabdruck in einem winzigen Promillebereich des welt-weiten Ausstosses liegt.

Wir wehren uns weiterhin gegen die sehr gefährliche linksgrüne Energiepoli-tik und erwarten vom Zürcher Regierung-srat sowie den bürgerlichen Parteien wieder eine Zürcher Energiestrategie mit Vernunft. Eine Strategie nicht gegen die Bevölkerung, sondern für die Bevölkerung. Wenn wir diese wieder haben, brauchen wir keine Fördergelder mehr. Der Bevölkerung und dem Gewerbe bleibt mehr Geld im Sack, und am Weltklima ändert es definitiv auch nichts.

EIN HERZLICHER EMPFANG

Fischenthal feiert seinen vierten Kantonsrat

Mit René Schweizer ist zum vierten Mal seit 1850 ein Vertreter aus Fischenthal in den Zürcher Kantonsrat eingezogen. Nach seiner ersten Ratssitzung wurde der Unternehmer und Gemeindepräsident von zahlreichen Wegbegleitern feierlich empfangen.

rs. Am Montag, 17. August, durfte die SVP Fischenthal einen besonderen po-litischen Erfolg feiern: René Schweizer kehrte von seiner ersten Sitzung als Zür-cher Kantonsrat zurück. Parteifreunde, Arbeitskollegen und weitere Wegbeglei-ter bereiteten ihm aus diesem Anlass einen herzlichen Empfang.

Der Weg in den Kantonsrat begann für Schweizer vor etwas mehr als acht Jahren. Damals entschied sich der Un-ternehmer erstmals für eine Kandida-tur. Ausschlaggebend waren unter an-derem seine persönlichen Erfahrungen mit immer neuen bürokratischen Hür-den. Seine Motivation brachte er klar auf den Punkt: «Ich möchte dazu bei-tragen, dass möglichst viele Vertrete-rinnen und Vertreter der SVP in den Kantonsrat gewählt werden.»

Schweizer startete auf dem neunten von insgesamt elf Listenplätzen. Mit grossem Engagement und einem über-zeugenden Wahlkampf gelang es ihm, bis auf den sechsten Platz vorzurücken. Später übernahm er das Präsidium der SVP Bezirk Hinwil.

Nachgerückt für Kantonsrat Walter Honegger

Bei den Kantonsratswahlen vor drei Jah-ren erreichte er den vierten Listenplatz –

direkt hinter den drei bisherigen Kan-tonsräten. Als Walter Hoegger aus Wald sein Amt altersbedingt niederlegte, konn-te René Schweizer in den Kantonsrat nachrücken.

Bereits im Frühling 2025 war Schwei-zer zum Gemeindepräsidenten von Fischenthal gewählt worden. Entspre-chend stolz präsentiert die SVP Bezirk Hinwil nun ihre neue Liste für die Kan-tonsratswahlen 2027. Angeführt wird sie von zwei Gemeindepräsidenten, die beide auch dem Kantonsrat angehören.

An der Feier nahmen neben Mitglie-dern des Kantonsrates auch Arbeits-kollegen sowie zahlreiche politische und persönliche Wegbegleiter teil. Unter den Gästen befand sich ebenfalls SVP-Kantonalpräsident Domenik Ledergerber. Verschiedene Anekdoten aus Schweizers bisherigem Werdegang sorgten für Hei-terkeit und liessen viele gemeinsame Erinnerungen aufleben.

Eine Eigenschaft prägte den politi-schen Weg von René Schweizer beson-ders: Für ihn stand stets die Sache im Mittelpunkt. Auch von Niederlagen liess er sich nicht entmutigen. Vielmehr fand er immer wieder die Motivation, weiterzumachen und seine politischen Ziele mit Ausdauer und Beharrlichkeit zu verfolgen.



V.I.n.r.: KR René Isler, KR Paul von Euw, KR René Schweizer, KR Domenik Ledergerber, KR Daniel Wäfler und Fredi Bertschinger, Präsident SVP Fischenthal.
Bild: zVg

DIGITALISIERUNG

Fortschritt darf nicht zum Zwang werden

Billette, Rechnungen, Bankgeschäfte und Behördengänge werden zunehmend ins Internet verlagert. Das kann vieles erleichtern. Problematisch wird es, wenn die digitale Möglichkeit zur einzigen Möglichkeit wird. Eine moderne Gesellschaft muss den technischen Fortschritt nutzen, ohne die Menschen zur Digitalisierung zu zwingen.



Sean Burgess
Kommunikation & Redaktor
Der Zürcher Bote
SVP Kanton Zürich

Ich bin 28 Jahre alt, besitze selbstverständlich ein Smartphone und erledige einen grossen Teil meines Alltags digital. Ich bezahle mit dem Mobiltelefon, kaufe Billette über eine App, buche Reisen im Internet und lasse mich von der digitalen Karte ans Ziel führen. Rechnungen auf Papier vermisse ich ebenso wenig wie das Anstehen am Bahnschalter. Die Digitalisierung hat vieles einfacher, schneller und bequemer gemacht.

Gerade deshalb geht es mir nicht darum, den technischen Fortschritt

schlechtzureden. Dennoch stelle ich immer häufiger fest, dass aus einem praktischen Angebot beinahe unbemerkt ein Zwang geworden ist. Die digitale Lösung steht nicht mehr zusätzlich zur Verfügung, sondern ist der einzig vorgesehene Weg. Der Schalter verschwindet, die Telefonnummer führt durch endlose Auswahlmenüs und auf eine schriftliche Anfrage antwortet ein automatisiertes System.

Für alles eine weitere App

Besonders deutlich wird das bei ganz alltäglichen Dingen. Man steht vor einer Parkuhr und stellt fest, dass die Bezahlung am einfachsten – oder teilweise nur noch – über eine bestimmte App möglich ist. Dafür muss man sie zuerst herunterladen, ein Benutzerkonto eröffnen, die persönlichen Daten erfassen und ein Zahlungsmittel hinterlegen.

Für einen Vorgang, der eigentlich wenige Sekunden dauern sollte, gibt man einem weiteren Anbieter Zugriff auf seine Daten.

Ähnlich geht es mir in Restaurants, in denen die Speisekarte nur noch über einen QR-Code verfügbar ist. Natürlich kann ich diesen problemlos scannen. Besonders angenehm finde ich es trotzdem nicht, zuerst das Mobiltelefon hervorholen und mich durch eine für den kleinen Bildschirm optimierte Karte klicken zu müssen. Ausgerechnet während eines gemeinsamen Essens, bei dem man das Smartphone auch einmal beiseitelegen möchte, wird man dazu aufgefordert, es wieder zur Hand zu nehmen.

Dann gibt es jene Situationen, in denen die Technik gerade nicht so funktioniert, wie sie sollte. Die Internetverbindung schlecht oder eine App verlangt genau in diesem Moment ein neues Passwort. Plötzlich wird aus der angeblichen Vereinfachung eine zusätzliche Hürde. Auch wer digital versiert ist, kennt den Moment, in dem man nicht an der eigentlichen Aufgabe, sondern an einem Login, einer Bestätigungsnachricht oder einer technischen Störung scheitert.

Es betrifft nicht nur ältere Menschen

Oft wird so getan, als sei dies allein ein Problem älterer Menschen, die mit der technischen Entwicklung nicht Schritt halten könnten. Das greift zu kurz. Wenn bereits jemand in meinem Alter gelegentlich von der Vielzahl an Apps, Benutzerkonten und Passwörtern genervt ist, kann man sich vorstellen, wie hoch die Hürden für Menschen sind, die weniger Erfahrung damit besitzen.

Aber auch jüngere Menschen können oder wollen nicht sämtliche Lebensbereiche über ein Mobiltelefon abwickeln. Manche möchten ihre persönlichen

Daten nicht für jede alltägliche Handlung preisgeben. Andere besitzen bewusst kein ständig mit dem Internet verbundenes Gerät. Die freie Entscheidung gegen eine bestimmte Anwendung ist keine Rückständigkeit.

Niemand sollte erklären müssen, weshalb er bar bezahlen, ein Formular auf Papier einreichen oder mit einem Menschen statt mit einem Chatprogramm sprechen möchte. Wahlfreiheit bedeutet nicht nur, neue Möglichkeiten nutzen zu dürfen. Sie bedeutet ebenso, auf sie verzichten zu können.

Dabei geht es nicht darum, jeden Schalter und jedes Papierformular für alle Zeiten zu erhalten. Es ist verständlich, wenn Unternehmen und Verwaltungen ihre Abläufe vereinfachen und Kosten senken wollen. Effizienz darf jedoch nicht bloss dadurch entstehen, dass der Aufwand auf die Kundinnen und Kunden oder die Bevölkerung übertragen wird. Wer ohne App länger warten, mehr bezahlen oder komplizierte Verfahren durchlaufen muss, besitzt keine echte Wahl mehr.

Öffentliche Leistungen müssen zugänglich bleiben

Eine besondere Verantwortung tragen der Staat und staatsnahe Betriebe. Wer Steuern bezahlt, auf den öffentlichen Verkehr angewiesen ist oder eine gesetzliche Pflicht erfüllen muss, kann nicht einfach zu einem anderen Anbieter wechseln. Staatliche Leistungen müssen deshalb für alle zugänglich bleiben. Ein Behördengang darf nicht daran scheitern, dass jemand kein digitales Benutzerkonto besitzt. Ein öffentliches Verkehrsmittel muss auch ohne Smartphone benutzbar sein. Und wichtige Informationen dürfen nicht nur über soziale Medien oder eine App verbreitet werden.

Gerade der Staat darf seine Bürger nicht zur Anschaffung bestimmter Geräte oder zur Nutzung privater Plattformen zwingen. Das gilt umso mehr, wenn sensible persönliche Daten betroffen sind. Die Digitalisierung der Ver-

waltung soll den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Wo der digitale Weg freiwillig gewählt wird, ist er ein Gewinn. Wo er zur Voraussetzung für die Wahrnehmung von Rechten oder den Bezug grundlegender Leistungen wird, ist eine Grenze erreicht.

Analoge Zugänge sind zudem nicht nur eine soziale Frage, sondern auch eine der Sicherheit. Digitale Systeme können ausfallen, gehackt oder durch Strom- und Netzstörungen lahmgelegt werden. Je stärker eine Gesellschaft von wenigen technischen Systemen abhängig ist, desto verletzlicher wird sie. Papier, Bargeld und persönliche Anlaufstellen mögen weniger modern erscheinen. Im Ernstfall können gerade sie dafür sorgen, dass wesentliche Abläufe weiterhin funktionieren.

Freiheit braucht eine Wahlmöglichkeit

Die Politik sollte deshalb einen einfachen Grundsatz beachten: Bei grundlegenden öffentlichen Leistungen muss ein zumutbarer analoger Zugang bestehen bleiben. Dieser darf nicht absichtlich unattraktiv gemacht oder mit unverhältnismässigen Gebühren belegt werden. Behörden und staatsnahe Unternehmen sollten ausserdem eine erreichbare persönliche Anlaufstelle anbieten. Nicht zwingend in jedem Dorf und zu jeder Tageszeit – aber so, dass niemand faktisch ausgeschlossen wird.

Die Digitalisierung kann den Alltag erleichtern, Freiräume schaffen und unnötige Bürokratie beseitigen. Sie kann aber auch neue Abhängigkeiten schaffen. Deshalb braucht es weder Technikfeindlichkeit noch blinde Fortschrittsbegeisterung, sondern ein vernünftiges Mass.

Wie frei eine Gesellschaft ist, zeigt sich auch daran, ob sie unterschiedliche Lebensweisen zulässt. Wer sämtliche Wege in die digitale Welt verlegt, schliesst früher oder später Menschen aus. Eine freiheitliche Schweiz braucht deshalb beides: technischen Fortschritt und analoge Wege, die für alle offenbleiben.



Digitale Angebote sind ein Gewinn, solange analoge Alternativen erhalten bleiben.

Bild: Pexels/Andrew Neel

ZÜRCHER SVP-KANTONSRÄTIN FORDERT AUFKLÄRUNG

Datensperre unter Druck – Maklernetzwerke umgehen staatliche Schutzmechanismen

Immer mehr Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer im Kanton Zürich berichten, dass sie trotz aktiv hinterlegter Datensperre regelmässig Maklerzuschriften erhalten – teilweise im Wochenrhythmus. Für viele Betroffene ist dies nicht nur störend, sondern ein Hinweis darauf, dass ein zentrales Datenschutzinstrument seine Wirkung verliert.

Am Montag hat die SVP-Kantonsrätin Jacqueline Hofer eine entsprechende Anfrage an den Regierungsrat eingereicht. Die Entwicklung berührt grundlegende Fragen: Wie zuverlässig sind staatliche Schutzmechanismen? Und wie transparent sind die Datenflüsse in einem Immobilienmarkt, der zu den dynamischsten der Schweiz gehört?

Verdeckte Datenströme im Immobiliensektor

Hinweise aus der Praxis zeigen, dass gewisse Immobilienunternehmen offenbar über alternative Datenquellen verfügen. Private Adresshändler, digitale Plattformen oder interne Branchepools ermöglichen es, Eigentümeradressen systematisch zu erfassen, zu kategorisieren und für wiederkehrende Akquisitionskampagnen zu nutzen.

Damit entsteht ein Schattenökosystem, das sich staatlicher Kontrolle weitgehend entzieht. Die Datensperre, eigentlich ein Instrument zum Schutz der Privatsphäre, verliert unter diesen Bedingungen ihre Schutzwirkung.

Ein gesetzlicher Widerspruch, der auch Zürich betrifft

Besonders brisant ist ein struktureller Widerspruch, der die Situation zusätzlich verschärft. Die GEOINFO Applications AG, Betreiberin des Geoportals mehrerer Ostschweizer Kantone, be-

stätigt: Eigentümerdaten gelten gemäss Grundbuchverordnung Art. 27 als öffentlich; Gemeinden entscheiden autonom, ob sie diese Daten veröffentlichen.

In Appenzell Ausserrhodon sind Eigentümerdaten in allen Gemeinden sichtbar, im Kanton St. Gallen in vielen – in anderen hingegen nicht. Auch für Zürcher Gemeinden gilt: Eine Datensperre schützt nur dort, wo sie technisch korrekt hinterlegt und konsequent respektiert wird. Selbst eine bewilligte Sperre muss manuell in der Fachapplikation des Grundbuchamts eingetragen werden, erst dann wird sie im Datenexport berücksichtigt.

Damit entsteht ein klarer Widerspruch: Die Datensperre soll Eigentümer schützen, doch das Gesetz verpflichtet Gemeinden gleichzeitig zur Veröffentlichung dieser Daten, sofern sie diese nicht freiwillig als vertraulich einstufen. Für Zürcher Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer ist das kaum nachvollziehbar – für Maklernetzwerke hingegen ein Einfallstor.

Zürcher Perspektive: Freiheit schützen, Regeln durchsetzen

Der Kanton Zürich steht traditionell für eine bürgerliche Balance zwischen Freiheit und Verantwortung. Dazu gehören der Schutz der Privatsphäre als Teil der individuellen Freiheit sowie verlässliche staatliche Rahmenbedin-

gungen, die Missbrauch verhindern, ohne den Markt unnötig zu regulieren.

Gerade deshalb ist es zentral, dass die Datensperre nicht nur existiert, sondern auch wirksam ist. Wenn private Netzwerke staatliche Schutzmechanismen umgehen und gleichzeitig gesetzliche Vorgaben die Veröffentlichung von Eigentümerdaten begünstigen, entsteht ein Ungleichgewicht: Bürgerinnen und Bürger halten sich an die Regeln, während gewisse Marktakteure sich faktisch entziehen.

Die Datensperre muss wieder halten, was sie verspricht

Die Datensperre ist ein wichtiges Instrument des Datenschutzes – aber nur dann, wenn sie konsequent umgesetzt und wirksam kontrolliert wird. Aus Zürcher Sicht braucht es keine neuen Regulierungsberge, sondern eine klare Durchsetzung bestehender Regeln, transparente Datenflüsse und spürbare Sanktionen bei Missbrauch.

Nur so kann gewährleistet werden, dass Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer nicht länger Ziel einer systematischen «Überschüttung» mit Maklerzuschriften werden – und dass staatliche Schutzmechanismen wieder das Vertrauen verdienen, das sie beanspruchen.

Jacqueline Hofer,
Kantonsrätin SVP, Dübendorf

Einladung zum
Polit-Lunch


Die Partei des Mittelstandes

SVP des Bezirks Andelfingen - Wir machen Politik fürs Weinland.

Nationalrätin
Barbara Steinemann

EU-Rahmenvertrag und
Neutralitätsinitiative:
Bleibt die Schweiz die Schweiz?



WANN: Mittwoch, 2. September 2026 11.30 – 14.00 Uhr	PROGRAMM: 11.30 Uhr Apéro 12.00 Uhr Mittagessen <i>auf Kosten der Teilnehmer</i> 13.00 Uhr Referat 13.30 Uhr Diskussion 14.00 Uhr Ende
--	--

WO:
Restaurant Ochsen
Underdorf 15
8460 Marthalen

Besten Dank für Ihre **Anmeldung** bis **Montag, 31. August 2026**
(bitte Menu-Wahl angeben: Fleisch oder Vegetarisch)

Anmeldung:
ycaspar@sunrise.ch oder
Tel: 079 521 71 34 (Fr. Caspar)
oder **per QR-Code**

Online-Anmeldung:


Alle sind herzlich willkommen!



Sie lieben die Schweiz?

Treten Sie noch heute der SVP bei und setzen Sie sich für unser Land ein.



SVP STADT ZÜRICH KREIS 10

Das Grillfest der SVP-Kreispartei Zürich 10 war wieder ein voller Erfolg

Unter besten Bedingungen am strahlend schönen und heissen Abend des 14. August konnte beim Armbrustschützenhaus auf dem Hönghenberg wieder das traditionelle Grillfest der Kreispartei stattfinden.

Gemeinderätin Jane Bailey begrüusste die Gäste und führte durch den Abend, Kantonsrat Christoph Marty informierte über die wichtigsten Geschäfte des Kantons und Nationalrätin Barbara Steinemann aus dem benachbarten Regensdorf sprach vor den ca. 70 Gästen, darunter die Kantonsratspräsidentin Romaine Roggenmoser und weitere Mandatsträger aus Kanton und Gemeinde. Anschliessend wurde reich bewirtet mit Grilladen und kalten Getränken, zum Dessert mit Kaffee und Süssem. Einziger Wermutstropfen war, dass das Schwein, welches anlässlich des Grillfests jeweils über dem offenen Feuer am Spiess gebraten wird, wegen des Feuerverbots infolge der Trockenheit dieses Sommers diesmal ausfallen musste und stattdessen Steaks, Poulet und Würste serviert wurden.



Christoph Marty,
Kantonsrat

V.l.n.r.: GR Jane Bailey, KRP Romaine Roggenmoser, KR Christoph Marty, NR Barbara Steinemann, GR Derek Richter, GR Roman Mörgeli und GR Stephan Iten. Bild: zVg

LESERBRIEF

Die vergiftete Sozialindustrie

In der Schweiz kennen wir einen fantastisch ausgebauten Sozialstaat mit dem Ziel, dass Menschen, die in Not kommen, auch die Unterstützung bekommen, die sie verdienen – so wie es eben in einem modernen, zivilisierten Staat sein soll. Doch Obacht, habe ich gerade Sozialstaat gesagt? Entschuldigen Sie meine verfehlte Wortwahl, man muss wohl eher von einer Sozialindustrie sprechen oder, ganz korrekt, von einer vergifteten Sozialindustrie, die in erster Linie nur noch zum Selbstzweck da ist. Das hört sich jetzt reisserisch oder populistisch an und mancher Leser liest jetzt schon nicht mehr weiter. Aber bleiben Sie dran, denn gerne zeige ich auf, warum es so ist.

Zuerst müssen wir einmal etwas Wichtiges verstehen: Der Sozialstaat lebt von den Beiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die täglich rausgehen, hart arbeiten, nach vielen Abzügen teilweise nicht mehr wirklich viel Geld haben, die auch ihre Familie vor lauter Arbeit vernachlässigen müssen. Wir reden von Menschen, die sich eventuell nicht einmal Ferien leisten können. Dies alles geschieht unter anderem wegen einer Industrie, die schamlos das Volk abzockt und ihre Klienten missbraucht und die sich teilweise auch missbrauchen lassen. Das in einer Situation, in der es unseren Sozialwerken eher schlecht als gut geht. Die IV hat zum Beispiel Schulden von über 10 Milliarden Franken – Tendenz

steigend. Wie dies gelöst wird, wird in Bern gerade diskutiert. Gut möglich, dass wieder der Mann und die Frau, die morgens den Wecker stellen, bestraft werden. Es ist ungeheuerlich und trotz dieser bekannten Situation geht es weiter wie bis anhin in der eher linksgrünen Suppe. Aber auch die zuständigen Behörden schauen im Prinzip weg.

Es gibt für das nur eine Lösung: Es muss endlich aufgeräumt werden. Jeder einzelne Stein muss umgedreht werden und die Missstände müssen behoben werden, radikal, ohne falsche Rücksichtnahme. Es geht darum, sichere Sozialwerke zurückzulassen, die ihre Kernfunktionen noch erfüllen können für die Menschen, die sie brauchen. Aber was nicht mehr geht, ist, eine menschenfeindliche linksgrüne Sozialindustrie am Leben zu erhalten, die von jenen lebt, die tagtäglich hart ihr Brot verdienen müssen.

Es gibt zum Beispiel eine Institution in Winterthur, die Quellenhof Stiftung, bei der man die Zeichen der Zeit nicht erkannt hat und genau die erwähnten Missstände zu finden sind. Eigentlich ist es offensichtlich, wer dies zu verantworten hat, aber man lässt es durch und auch da schaut niemand genau hin, weder die IV noch die Stadt noch irgendwer. Es sind Zustände, die eigentlich die Schliessung dieses Betriebs erfordern, weil es in höchstem Masse unverantwortlich ist.

Leider ist zu befürchten, dass nichts geschieht, weil nicht jene politischen Kräfte an die Macht kommen, die wirklich eine Veränderung wollen. Es freut aber, dass in Wülflingen genau jene Kräfte massiv gestärkt wurden bei der letzten Wahl – nur hilft das wenig, wenn der Rest der Stadt noch schläft. Genau aus diesem Grund sollte sich auch jede Gemeinde, die sich einem Städtebund angeschlossen hat, gut überlegen, ob es für sie die richtige Lösung ist oder sie sich doch nicht lieber löst oder einem anderen Städtebund anschliesst. Das ist zwar nicht das Allerheilmittel – aber ein starkes Zeichen.

Politiker, die wirklich Verantwortung tragen wollen und dies nicht nur behaupten, müssen jetzt ihre Bürger vor einer linksgrünen Elite schützen, die realitätsfremd nur noch an das Geld respektive den Lohn der Bürger will – jetzt oder nie.

Es gibt nur die eine Frage, wer überleben soll: Die vergiftete Sozialindustrie oder der Bürger, der sich sein Brot hart verdienen muss. Für wen entscheidet sich die Politik und für wen entscheidet sich der Bürger, der die Wahl hat? Vergessen Sie nicht, im Kanton Zürich sind im April 2027 die grossen Wahlen und im Oktober 2027 Wahlen auf eidgenössischer Ebene – wählen Sie eine Zukunft, in der der Bürger noch Geld hat.

Michael Schulze,
Winterthur

ZURÜCK IN DIE ZUKUNFT?

Blochers Klartext

Einst hatte die Schweiz eine Armee, die ihre gesamten Bestände im Ernstfall innert 24 bis 48 Stunden mobilisieren, ausrüsten und zur Landesverteidigung bereitstellen konnte. Eine Armee von gegen 700 000 Wehrmännern – nota bene!



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Weltweit wurde dieses Erfolgsrezept bewundert. Voraussetzung war, dass jede Einheit ihr Material, ihre Waffen und Fahrzeuge kriegsbereit in einem Zeughaus und im Armeemotorfahrzeugpark (AMP) eingelagert hatte und im Ernstfall sofort dort abholen konnte.

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks 1989 glaubten die Politiker, es gebe nie mehr Krieg. Im Abrüstungswahn beschloss man auf Druck der USA mit der NATO eine «Partnerschaft für den Frieden». Es galt, sich der NATO anzupassen. Das Volk wurde bei dieser Änderung der Armeedoktrin schon gar nicht gefragt.

Weil die NATO nicht das schweizerische «Holprinzip», sondern das «Bring-

prinzip» kennt, hat die Schweiz ihre bisherige sehr erfolgreiche Mobilisierung preisgegeben. Von nun an wurden – vereinfacht gesagt – die Taschenlampen aus Genf, die Maschinengewehre aus Chur und die Panzer aus Wil geliefert. Das würde wochenlang dauern, bis alle bereit sind.

Nun soll dieses falsche Konzept aufgegeben werden und «wieder zurück ins alte» gelten. Wie früher gilt eine dezentrale Lagerung. Also zurück in die Zukunft. Nur kostet die Rückkehrarbeit viele Milliarden.

Ganz ähnlich bei den Festungen und Bunkern: Sie wurden seit den 1990er-Jahren aufgegeben, abgewrackt, verkauft. Jetzt sollen gemäss neuem Konzept etliche davon wieder aktiviert werden. Natürlich gibt es in Politik und Armee niemand zu: Das bisherige, aber sehr bewährte ist oft besser als das moderne, zeitgemässe Konstrukt. Von früheren Falschbeurteilungen und Führungsfehlern wird nicht gesprochen.

Jetzt anmelden!

Zum Alträte-Treffen
am Mittwoch, 30. September 2026

Ab 9.45 Uhr bis ca. 15.00 Uhr
WIN4 Ballsport-Arena Winterthur

Die Anmeldung erfolgt durch Einzahlung von mind. Fr. 80.- (alles inkl.) auf das SVP-Konto IBAN CH91 0900 0000 8006 5920 6 mit dem Vermerk „Ehemalige“

Fragen an: Theres Weber-Gachnang,
Telefon: 079 433 14 78, t.f.weber@bluewin.ch



Noch höhere Löhne. Gleiche Probleme.

Lehrpersonen verdienen schon heute bis zu **CHF 163'000 pro Jahr**

Am 27. September 2026

NEIN
zum **Lehrpersonalgesetz**

Regierungsrat und
102 Gemeinden sagen NEIN



Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.



Öffentlicher Informationsanlass



CH/EU-Vertragspaket – Bedeutung für die Schweiz?

Martin Hübscher
Nationalrat /
Regierungsrats-
kandidat

Markus Somm
Verleger /
Chefredaktor
Nebelspalter

Nina Fehr Düsel
Nationalrätin

Rolf Dörig
Verwaltungs-
ratspräsident
Swiss Life

Dienstag, 1. Sept. 2026

19.30 Uhr (Türöffnung um 19 Uhr)
Singsaal Wiltiswacht, 8700 Küsnacht

Ein Apéro wird offeriert.

svp-kuesnacht.ch



Fadegrad



von Samuel Balsiger

Asylchaos endlich stoppen

Seit der Jahrtausendwende haben fast 660 000 Ausländer (inklusive Status S) in der Schweiz Asyl beantragt. Dieser gigantischen Migrationsflut muss man sich erst einmal bewusst werden. In den allermeisten Fällen sind es Personen, die aus kulturfremden Ländern kommen und auch keinen Bildungsstand haben, um in einem hochentwickelten Land wie der Schweiz sich assimilieren zu können. Wir holen die Dritte Welt zu uns – mit allen damit verbundenen Missständen und horrenden Sozialkosten. In den letzten Jahren lag die Anerkennungsquote bei rund 25 Prozent und die Schutzquote bei rund 55 Prozent – ein Staatsversagen, da tatsächlich die Quote bei nahezu null liegen müsste. Der Rest taucht wohl unter. Es gibt Schätzungen, die sprechen von 250 000 illegal anwesenden Migranten. Diese sogenannten Sans-Papiers und die allermeisten Asylanten dürften aber gar nicht in der Schweiz sein. Wohl fast jeder reiste über zig sichere Drittstaaten ein und die Schweiz dürfte somit materiell gar nicht auf die Gesuche eingehen – macht es aber dennoch. Es ist ein gigantisches Asylchaos, welches totgeschwiegen und mit Milliarden von Steuerfranken verwaltet wird. Migrationsströme seien nicht kontrollierbar und man müsse diese wie eine gottgegebene Naturgewalt über sich ergehen lassen. Stimmt das? Dänemark straft diese Aussagen Lüge. Während die Schweiz im Durchschnitt rund 2200 Asylanträge pro Monat hat, sind es in Dänemark noch rund 140. Dänemark geht Richtung Migrationsstopp – und das unter sozialdemokratischer Regierung. Das Erfolgsrezept: Dänemark schreckt Migranten aus dem Orient und Afrika von vornherein ab: Die Sozialhilfe für Migranten ist halbiert, Flüchtlinge dürfen ihre Familien nicht nachholen, Asylbewerber haben nur geringste Chancen auf Anerkennung und die Unterbringungskosten müssen Flüchtlinge selbst bezahlen. Dänemark kommuniziert diese Inhalte äusserst aktiv und schaltet sogar Inserate in den lokalen Medien der Asylherkunftsländer. Dänemark setzt den Volkswillen um und stoppt das Asylchaos. Unsere Bundesverwaltung und der verantwortliche SP-Bundesrat Beat Jans machen genau das Gegenteil. Auch sie könnten das Asylchaos stoppen, wollen es aber bewusst nicht. Wir haben also eine hochbezahlte Bundesverwaltung und einen Bundesrat, die bewusst und aktiv gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung agieren.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Demokratie lebt vom Widerspruch, nicht vom grünen Gleichschritt

Die erste Sitzung des Zürcher Gemeinderats nach der Sommerpause begann mit zwei bemerkenswerten Fraktionserklärungen. Grüne und GLP nahmen den Hitze- und Dürresommer zum Anlass, um einmal mehr weitreichende klimapolitische Forderungen zu stellen. Besonders irritierend war dabei aber nicht nur der bekannte Ruf nach noch mehr staatlichen Massnahmen, sondern der Umgang mit politischem Widerspruch.



Roman Mörgeli
Gemeinderat SVP
Zürich

Die Grünen machten deutlich, wie sie sich die politische Debatte offenbar vorstellen. Alle seien aufgefordert, sich ihren Bemühungen «anzuschliessen, statt zu versuchen, sie zu verhindern und zu verzögern». Als Negativbeispiele wurden ausdrücklich FDP und SVP genannt, unter anderem wegen ihres Widerstands gegen das Energiegesetz.

Diese Haltung ist aus Sicht der SVP befremdlich. Opposition ist keine Störung des demokratischen Betriebs. Referenden, politische Vorstösse und rechtsstaatliche Verfahren sind keine lästigen Hindernisse, sondern elementare Bestandteile unseres Staatswesens. Gerade die direkte Demokratie lebt davon, dass politische Entscheide hinterfragt und nötigenfalls dem Volk vorgelegt werden.

Auch die GLP schlug in ihrer Fraktionserklärung ähnliche Töne an. Sie beklagte «Grabenkämpfe» und einen angeblichen «Kulturkampf» von rechts und forderte gleichzeitig, im Rat über die Parteigrenzen hinweg «am selben

Strick» zu ziehen. Nur scheint bereits festzustehen, in welche Richtung dieser Strick gezogen werden soll.

Der Forderungskatalog hat es nämlich in sich: mehr Förderung der Elektromobilität und Ladeinfrastruktur, zusätzliche Förderung von Start-ups und Organisationen im Umweltbereich, weiterer Ausbau von Solaranlagen, mehr Stadtbegrünung und Hitzemassnahmen sowie Klimaanlagen in Schulen und Altersheimen. Sogar Technologien, die CO₂ direkt aus der Luft binden sollen, werden als weiteres Betätigungsfeld der Stadt ins Spiel gebracht.

Aus Sicht der SVP nimmt diese Argumentation teilweise geradezu wahnsin-

nige Züge an. Aus einem heissen Sommer wird ein politischer Blankocheck für immer neue Programme, Förderinstrumente und staatliche Eingriffe abgeleitet. Gleichzeitig geraten jene unter Beschuss, die es wagen, nach Kosten, Wirkung und Verhältnismässigkeit zu fragen.

Die SVP bestreitet nicht, dass Hitzeperioden Herausforderungen mit sich bringen. Der Schutz besonders gefährdeter Menschen und sinnvolle Anpassungen der Infrastruktur können notwendig sein. Doch daraus folgt keineswegs, dass jede unter dem Schlagwort «Klima» erhobene Forderung sinnvoll oder finanzierbar ist. Haltlos wird die Debatte dort, wo aus Klimapolitik politische Alternativlosigkeit konstruiert wird.

Die Zürcherinnen und Zürcher wählen unterschiedliche Parteien gerade deshalb, weil sie unterschiedliche Vorstellungen von der Zukunft unserer Stadt haben. Die Aufgabe der SVP besteht nicht darin, sich grünen Forderungen «anzuschliessen». Unsere Aufgabe ist es, staatliche Eingriffe kritisch zu prüfen, die Interessen der Steuerzahler zu vertreten und Fehlentwicklungen zu bekämpfen.

Die SVP wird deshalb weiterhin widersprechen, wenn immer neue Ausgaben und Regulierungen mit vermeintlicher Dringlichkeit gerechtfertigt werden. Und sie wird weiterhin sämtliche demokratischen und rechtsstaatlichen Mittel nutzen, die ihr dafür zur Verfügung stehen.

Denn Demokratie bedeutet nicht grüner Gleichschritt. Demokratie lebt vom Widerspruch, auch wenn dieser den Grünen nicht gefällt.



Demokratie lebt vom Widerspruch, auch wenn das Grünen, Linken oder auch anderen Parteien nicht gefällt. Bild: Adobe Stock

AUS DEM USTENER GEMEINDERAT

Wer die PUK verhindert, übernimmt politische Mitverantwortung

Die Vorgänge rund um die Stadtpolizei Uster werfen immer neue Fragen auf – inzwischen auch zur Rolle und Informationspolitik des Stadtrats. Am 31. August entscheidet der Gemeinderat, ob diese unabhängig untersucht werden sollen.



Daniel Schnyder
Gemeinderat und
Sektionspräsident SVP
Uster

Die Vorwürfe wiegen schwer: Finanzkompetenzen wurden umgangen und Rechnungen aufgeteilt. Der Stadtrat wusste bereits im März 2026 von Verstössen gegen Finanzkompetenzen. Sicherheitsvorsteherin Beatrice Caviezel (GLP) hatte in einem Fall selbst aufgeteilte Rechnungen visiert. Noch vor den Gemeindewahlen vom 12. April war auch der Gesamtstadtrat über ihre Beteiligung informiert – öffentlich bekannt wurden diese Informationen erst Monate später. Hinzu kommen offene Fragen zu Beschaffungen, Busseneinnahmen, internen Kontrollen und zur Führungsverantwortung bei der Stadtpolizei.

Es geht deshalb längst nicht mehr nur um interne Abläufe bei der Stadtpolizei, sondern um das Vertrauen in den Stadtrat und die Glaubwürdigkeit des Parlaments.

Der Gemeinderat steht vor einem Grundsatzentscheid: Nimmt er seine gesetzliche Kontrollpflicht wahr – oder überlässt er die Aufklärung weiterhin jenen, deren eigenes Handeln und Informationsverhalten Teil der offenen Fragen ist?

Für die SVP/EDU-Fraktion ist klar: Eine interne Selbstuntersuchung genügt nicht. Wer bereits die seriöse Vorbereitung einer unabhängigen PUK verhindert, übernimmt politische Mitverantwortung dafür, dass zentrale Fragen ungeklärt bleiben.

Es geht darum, ob der politische Wille vorhanden ist, diese unabhängig zu klären. Ein interner Ausschuss kann Sofortmassnahmen einleiten. Er kann aber

nicht glaubwürdig beurteilen, ob der Stadtrat selbst richtig geführt, kontrolliert und informiert hat.

Kontrollierte und Kontrollierende dürfen nicht dasselbe Gremium sein.

Von linksgrüner Seite ist zu hören, eine PUK komme zu früh. Dieses Argument überzeugt nicht. Am 31. August wird noch keine PUK eingesetzt und kein Blankocheck ausgestellt. Der Gemeinderat beauftragt zunächst die Geschäftsleitung, einen konkreten Antrag mit Untersuchungsauftrag, Zusammensetzung und Kredit vorzulegen. Wer bereits diesen ersten Schritt ablehnt, verhindert eine seriöse Vorbereitung der unabhängigen Untersuchung.

Abwarten ist keine neutrale Haltung. Es belässt die Deutungshoheit bei der Exekutive und entzieht dem Parlament die eigene Verantwortung.

Der Gemeinderat hat die Oberaufsicht über Behörden und Verwaltung. Wir wurden auch gewählt, um hinzuschauen, wenn Regeln umgangen, Kontrollen ausgehebelt und wesentliche Informationen verspätet offengelegt werden.

Gerade hier zeigt sich der Unterschied zwischen parlamentarischer Verantwortung und parteipolitischem Schutzdenken. Die Loyalität eines Gemeinderats gilt nicht «seinem» Stadtrat, sondern der Bevölkerung, den Steuerzahlern und dem Rechtsstaat.

Die SVP steht für einen sorgfältigen Umgang mit Steuergeldern und klare Verantwortlichkeiten. Wer von Bürgern die Einhaltung von Regeln verlangt, muss sich selbst erst recht daran halten. Wer Transparenz verspricht, darf sich einer unabhängigen Kontrolle nicht entziehen.



Die Vorgänge rund um die Stadtpolizei Uster werfen immer neue Fragen auf.

Bild: Adobe Stock

VERKEHRSSITUATION IM WEINLAND

Seit 30 Jahren rollt der Verkehr der A4 auf neuen Trassees

Am 15. August jährt sich zum 30. Mal die Einweihung der A4 im Norden mit dem Kohlfirsttunnel und der Stadttangente und im Süden mit der neuen Linienführung der A4 ab Henggart direkt auf die A1.

RoMü. Es ist nun bereits der Zeitraum von mehr als einer Generation vergangen, seit der Transitverkehr im Norden des Weinlandes und in der Stadt Schaffhausen durch den Kohlfirst- und Fästerstautunnel und im Süden ab Henggart ebenfalls zweispurig bis zur A1 geführt wird. Mit einem Schlag wurden am 15. August 1996 viele Verkehrsprobleme im Süden wie auch Norden des Weinlandes gelöst. Täglich war die Fahrt Richtung Winterthur im Süden und nach Schaffhausen für die Strassenbenutzer eine Tortur. Dazumal, bei etwas mehr als 20 000 Fahrzeugen pro Tag, staute sich der Verkehr fast jeden Tag im Norden noch vor Feuerthalen beim «Chüeletal». Im Süden in Richtung Winterthur, wo das alte Trasseee ab Henggart durch den Wald Richtung Hettlingen führte und das Dorf völlig teilte, erwies sich die Lichtsignalanlage bei der grossen Kreuzung in Unterohringen als zentrales Nadelöhr.

Danach ging es fast immer mit Stau bis auf die A1-Auffahrt respektive Stadteinfahrt. Wo aber einst die A4 durch Hettlingen vielfach nur im Schrittempo rollte, wird jetzt gewohnt. Das alte Trasse zwischen Henggart und Hettlingen ist auf einen Veloweg zurückgebaut worden und es wurden auch Naturschutzflächen geschaffen. Auf der neuen, dazumal auch von der Weinländer Bevölkerung bewusst gewollten nur zweispurigen Nationalstrasse rollte nun der Verkehr direkt auf die A1 respektive von ihr auf die A4.

In einem ersten Schritt führte diese neue Linienführung der A4 mit dem zugleich teilweise parallel erfolgten Bau der südlichen Umfahrungsstrasse zu einer ersten Entlastung Henggarts vom Durchgangs- und Schleichverkehr. Die langen Staus vor dem Bahnübergang waren weg. Doch erst im Oktober 2000 kam die grosse Erlösung von Kleinandelfingen, Andelfingen, Humlikon und Henggart. Mit dem Ausbau des zweispurigen Abschnittes zwischen Kleinandelfingen und Henggart zu einer Nationalstrasse wurde parallel die neue Regionalstrasse und zugleich eine neue Zufahrt Richtung Flaachtal realisiert. Diese wiederum führte zur vollständigen Entlastung vom Durchgangsverkehr in den erwähnten Dörfern, wobei insbesondere Henggart profitieren konnte.

Verkehrszähldaten zeigen Entlastungen

Dass der Verkehr ohne diesen A4-Ausbau heute kaum noch zu bewältigen wäre, zeigten die Zahlen der Messstellen auf der A4. An der Zählstelle auf der A4 nach der Einfahrt Henggart Richtung Winterthur werden bei einem Mittelwert von 36 015, im Juni 2025 gar 37 293 Fahrzeuge pro Tag gezählt. Im Norden waren es beim Kohlfirsttunnel 2025 täglich 32 611 Fahrzeuge. 2016 zählte man im Kohlfirsttunnel noch 30 637 und bei Henggart 35 662 Fahrzeuge. Parallel zu diesem Nationalstrassenabschnitt verzeichnete die Zählstation auf der Kantonsstrasse in Flurlingen 6206 Fahrzeuge, während es auf der Umfahrung Henggart 4662 Fahrzeuge waren. Das grösste Verkehrsaufkommen verzeichnet man aber an der Verkehrsachse von Feuerthalen Richtung Schlatt, wo 9861 Fahrzeuge gezählt worden sind. Auf den Zufahrten zum Regionalstrassennetz zwischen Kleinandelfingen und Henggart wurden auf der Achse ins Flaachtal 3365 und vor dem Restaurant Kreuzstrasse in Humlikon 8796 Fahrzeuge gezählt.

Grösseres Verkehrsaufkommen als am Gotthard

Während der Sommerferien wiederholen sich vor dem ebenfalls nur zweispurigen Gotthardtunnel die Rekordschlagzeilen mit Staus von bis zu 15 km und stundenlangen Wartezeiten laufend, wobei seit Anfang Jahr ein Mittelwert



Bei Henggart erkennt man noch am linken Bildrand das alte Trasse der A4, welches jetzt als Radweg genutzt wird.

Bild: RoMü

von 19359 verzeichnet wurde. Die monatlichen Schwankungen sind aber sehr gross. 2025 sind im Januar mit 13194 Fahrzeugen der tiefste Wert und im August mit 27367 der höchste Wert verzeichnet worden. Gleichzeitig werden im ebenfalls nur zweispurigen Fäserstaubtunnel in Schaffhausen und im ebenfalls mit maximal 80 km/h signalisierten Nationalstrassenabschnitt deutlich mehr Fahrzeuge durchgeschleust, ohne dass es zu ähnlich grossen Stausituationen kommt. Im gleichen Zeitraum waren es im Fäserstaubtunnel in Schaffhausen 29800 Fahrzeuge, wobei höchste Tageswerte von knapp 40000 Fahrzeugen verzeichnet wurden. Hingegen zählte man am San Bernardino mit einem Mittelwert von 8330 in den beiden letzten Juliwochen 14152 respektive 16897 Fahrzeuge, welche teilweise den Tunnel als Alternativroute auf der A13 durch den Kanton Graubünden nutzten.

Leistungsgrenzen sind erreicht

Es erweist sich nach 30 Jahren immer deutlicher, dass die Leistungsgrenzen der verschiedenen Nationalstrassenabschnitte langsam, aber sicher und absehbar wieder erreicht sind. Waren es 1996 noch 22 000 Fahrzeuge pro Tag im Kohlfirsttunnel und 25 167 auf der Weinlandbrücke, so sind diese Werte im vergangenen Jahr auf die bereits erwähnten Zahlen angestiegen. Im Norden

kommt es entsprechend der ständig steigenden Verkehrszahlen fast täglich und vor allem an Werktagen jeweils am späteren Nachmittag und Abend vor dem Südportal des Kohlfirstunnels, wo die Begrenzung auf eine Spur erfolgt, zu kleineren Staus. Dasselbe gilt auch im südlichen Bereich beim Anschluss an die A1, wo es im Abendverkehr bei der Auffahrt auf die zweispurige A4 Richtung Schaffhausen ebenfalls regelmässig zu längeren Staubildungen kommt. Hingegen entwickelt sich der Stau jeweils am Morgen ab der noch zweispurigen Weinlandbrücke Richtung Winterthur vielfach immer erst im zweispurigen Bereich an der Einfahrt Henggart oder Adlikon.

Nachdem man 1962 die erste eigentliche Transitachse zwischen Winterthur und Schaffhausen mit der zweispurigen damaligen N4 realisierte, kam diese bereits 30 Jahre später an ihre Grenzen und der erste Ausbau war im südlichen und nördlichen Weinland unerlässlich. Im Herbst 2000 wurde zudem der Abschnitt zwischen Kleinandelfingen und Henggart als Nationalstrasse eingeweiht. So dauerte es dann nochmals zehn Jahre, bis im Herbst 2010 mit der Miniautobahn zwischen Kleinandelfingen und Flurlingen der erste Abschnitt vierspurig wurde. Ab 2029 wird die A4 mit dem jetzt laufenden Ausbau ab dem Kohlfirstunnel durchgehend vierspurig sein.

SVP SEUZACH-OHRINGEN

Zu Besuch im Bundeshaus

Am Freitag, 14. August um 7 Uhr am Bahnhof Seuzach starteten wir unsere Exkursion. Bei noch angenehmen Temperaturen im Bahnhof Bern angekommen und noch einem kurzen Fussmarsch standen wir nun also auf der Südseite des Bundeshauses.

Schön in Reih und Glied durch die Sicherheitskontrolle wie am Flughafen, einfach ohne Boardingkarte. Wie gestaltet sich wohl diese Kontrolle, wenn Session ist? Im Empfangsbereich trafen wir auf unseren Begleiter, Nationalrat Mauro Tuena, welcher uns nun durch die Gänge und Räumlichkeiten führen sollte. Schon in der Kuppelhalle wurde uns klar, welche klar durchdachte Architektur hinter dem Gebäude steckt. Die drei schwörenden Eidgenossen, umrahmt von den vier Landsknechten, welche die Landesteile und die offiziellen Landessprachen repräsentieren, unter der imposanten Glaskuppel mit den Kantonswappen und den farbenprächtigen Bogenfenstern. Ein Moment der Ehrfurcht und Demut erfüllte uns. Weiter durch die Gänge, Vorräume und das alte Bundesratszimmer zur Wandelhalle. Diese war einigen Besuchern schon bekannt, ist sie doch immer wieder in Fernsehinterviews zu sehen. Eindrücklich, mit welcher schlichten Schönheit und Eleganz all diese Räume die Betrachter fesseln. Im Nationalratssaal durften wir dann auf den Plätzen der Parlamentarier Platz nehmen. Mauro Tuena erklärte uns die Regeln und Gepflogenheiten, welche im Ratsbetrieb herrschen. Auch einige Anekdoten aus seiner bisherigen Amtszeit überraschten uns und brachten uns zum Schmunzeln. Auf der weiteren Tour, vorbei an anwesenden Parlamentariern und Weibeln, standen wir nun plötzlich im Ständeratssaal. Der kleinere der beiden Ratssäle besticht durch die imposante

Holzdecke mit dem 1,5 Tonnen schweren, schmiedeeisernen Leuchter. Er wie auch das prunkvolle Wandgemälde einer fiktiven Landsgemeinde-Szenerie liessen uns grosse Augen machen. Noch eine Etage höher, vorbei an Kommissionszimmern, gelangten wir auf die obere Empore mit atemberaubender Sicht auf die Kuppelhalle. Dort oben stehen Vitrinen mit Gastgeschenken anderer Landesvertreter aus der ganzen Welt. Schmuckvolle Porzellanstatuen, glänzende Perlenketten, kunstvolle Gold- und Edelmetallrelikte, man wähnte sich in einem Kunstmuseum. Zum Schluss dann nochmals in den Nationalratssaal für die obligatorische Fotosession. Nach dieser kurzweiligen und sehr interessanten Führung hatten wir uns den Apéro wirklich verdient. So verabschiedeten wir uns von unserem Gastgeber Nationalrat Mauro Tuena und zogen Richtung Innenstadt. Ein herzliches «Bonjour» einer unseren Weg kreuzenden, amtierenden Bundesrätin war nicht geplant und sorgte nochmals für einen Überraschungseffekt. Auch beim anschliessenden Mittagessen, welches die Partei offerierte, wurde weiter über das Erlebte geplaudert. Ein kurzer Abstecher in die Altstadt mit ihren schönen Bogen-gängen und den prachtvollen Brunnen, und schon machten wir uns auf den Heimweg mit vielen Impressionen und Eindrücken.

Urs Christener,

Sektionspräsident SVP Seuzach-Ohringen,
Seuzach



Nationalrat Mauro Tuena mit den Besuchern der SVP Seuzach-Ohringen.

Bild: zVo

SVP-Polit-Apéro

SVP



Züri 11

Wir laden Sie freundlich zu unserem politischen Diskussions-Forum ein.
Der Anlass ist öffentlich. Alle sind herzlich willkommen!

Freitag, 28. August 2026, ab 18⁰⁰ Uhr mit



Martin Hübscher

Nationalrat SVP

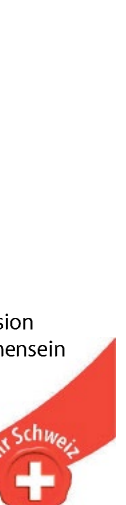
EU Unterwerfungsvertrag Teil 1

Ort: Restaurant Bürgli
Seebacherstrasse 65
8052 Zürich

Programm:

- ab 18⁰⁰ Uhr Eintreffen
- 18¹⁵ Uhr Referat
- 18⁴⁵ Uhr Fragen und Diskussion
- 19¹⁵ Uhr geselliges Beisammensein







SVP
Russikon

TRADITIONELLER ANLASS DER SVP RUSSIKON



HERBSTPARTY 2026

FREITAG
18. September 2026

ZEIT
ab 18:30 Uhr Apéro

ORT
Schützenhaus Russikon
Schützenhof, 8332 Russikon

PROGRAMM

- Apéro
- Gemeinsames Nachtessen
- Referat unseres Ehrengastes
- Traditionelles Lotto mit tollen Preisen

UNSER EHRENGAST

Nationalrätin

Barbara Steinemann

REFERAT

Rahmenabkommen mit der EU und Aktuelles aus Bern



HERZLICH EINGELADEN SIND

Mitglieder, Freunde und Sympathisanten.

JETZT ANMELDEN



ONLINE

svp-russikon.ch/
anmeldung-herbstparty-2026/

TELEFONISCH

Stefan Fehr

Präsident SVP Russikon

+41 76 454 83 32

SVP DIGITAL



Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.





In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.





Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.





SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!





Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.





Jobs
Möglichkeiten, für die SVP zu arbeiten.



SVP-STÄMME

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsl, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Hinwil/Dürnten
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Arcade Restaurant und Bar, Bubikonstrasse 43A, Dürnten.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Lokalität gemäss www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 14.30 – 17.00 Uhr, Restaurant Stella del Centro, Uschter 77, Zürichstrasse 1, Uster.

Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss <https://event.evagic.com/svp-uster>.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamendingerplatz 2, Zürich.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 1. September 2026, 19.30 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit Alt Bundesrat Christoph Blocher und Kantonsrätin Ursula Junker.

Bezirk Andelfingen
Mittwoch, 2. September 2026, 11.30 Uhr, Polit-Lunch, Restaurant Ochsen, Unterdorf 15, Marthalen, mit Nationalrätin Barbara Steinemann. Mittagessen auf Kosten der Teilnehmer. Anmeldung bis 31. August 2026 (mit Wahl Fleisch oder vegetarisch) an ycaspar@sunrise.ch.

Bezirk Bülach/Wil
Sonntag, 30. August 2026, 10.00 Uhr, Frühschoppen, Weingut, Sonnenberg 1, Wil.

Bezirk Dielsdorf/Dänikon-Hüttikon
Donnerstag, 27. August 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Strohdachhaus, Oetwilerstrasse 12, Hüttikon, mit Nationalrat Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz, Kantonsrätin Beatrice Derrer und Gemeinderat Fabian Schenkel.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf
Freitag, 11. September 2026, 18.30 Uhr, Polit-Grill, Waldhütte Ettenberg, Howielstrasse 27, Birmensdorf, mit Nationalrätin Nina Fehr Düsel. Anmeldung an yannik.haelg@svp-birmensdorf.ch.

Bezirk Meilen/Küsnacht
Dienstag, 1. September 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Singsaal Wiltiswacht, Seestrasse 143b, Küsnacht, mit Nationalrätin Nina Fehr Düsel und Regierungsratskandidat Martin Hübscher. Anschliessend Apéro.

Bezirk Meilen/Meilen
Freitag, 4. September 2026, 14.00–20.30 Uhr, SVP-Stand am Meilemer Herbstmärt, Kirchgasse, Meilen.

Bezirk Meilen/Oetwil am See
Sonntag, 23. August 2026, 09.30 Uhr, Puurezmorge, Bosshard's Biohof, Riet 4, Oetwil am See, mit Nationalrat Martin Haab.

Bezirk Meilen/Zumikon
Samstag, 22. August 2026, 11.00 Uhr, Grillplausch, Feuerstelle Strubenwis, oberhalb Golfplatz, Weid 9, Zumikon, mit Nationalrat Benjamin Fischer. Anmeldung an gerard.olivary@bluewin.ch.

Bezirk Pfäffikon/Russikon
Freitag, 18. September 2026, 18.30 Uhr, Herbstparty, Schützenhaus, Schützenhof 5, Russikon, mit Nationalrätin Barbara Steinemann. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-russikon.ch.

Stadt Winterthur/Seen
Freitag, 4. September 2026, bis Sonntag, 6. September 2026, SVP-Stand an der Seemer Dorfet, Ecke Seenerstrasse/Werdstrasse, Winterthur-Seen.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 29. August 2026, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg, Zürich-Höngg.

Samstag, 5. September 2026, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Röschiachplatz, Zürich-Wipkingen.

Samstag, 12. September 2026, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg, Zürich-Höngg.

Samstag, 19. September 2026, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Röschiachplatz, Zürich-Wipkingen.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). Jahresabonnement Online: Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. Redaktion: ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. Insertionspreise: www.zbv.ch/zuercher-bauer. Abonnementsdienst: Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.
Erscheint jeden Freitag. Inseratenannahme: SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. Inseratenschluss: Mittwoch, 12.00 Uhr. Veranstaltungsmeldungen: veranstaltungen@svp-zuerich.ch Layout: Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. Druck: Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Der Zürcher Bote
Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. Redaktion: SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. Insertionspreise: www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. Abonnementsdienst: SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Stadt Zürich/Kreis 11
Freitag, 28. August 2026, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Restaurant Bürgli, Seebacherstrasse 65, Zürich, mit Regierungsratskandidat Martin Hübscher.

Sonntag, 20. September 2026, 10.00 Uhr, Puurezmorge, Bauernhof Schumacher, Katzenseestrasse 8, Zürich-Affoltern, mit Regierungsrätin Natalie Rickli und Regierungsratskandidat Martin Hübscher.

Stadt Zürich/Kreis 12
Freitag, 4. September 2026, bis Sonntag, 6. September 2026, SVP-Stand an der Schwamendinger Chilbi, Stettbachweg, Zürich-Schwamendingen.

Junge SVP Kanton Zürich
Freitag, 28. August 2026, 19.00 Uhr, Grillabend, Schützenhaus, Schützenhausweg 2, Gossau ZH, mit Kantonsrat Daniel Wäfler. Kosten: 10 Franken. Anmeldung an omi@jsvp-zh.ch.

Freitag, 25. September 2026, 17.00 Uhr, Oktoberfest, Treffpunkt vor der Landihalle, Quellenstrasse 6, Uster. Kosten: 68 Franken. Anmeldung an wanner@jsvp-zh.ch.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Donnerstag, 3. September 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung zur Neutralitätsinitiative, Thurgauerhof, Felsenstrasse 6, Weinfelden TG, mit Alt Bundesrat Christoph Blocher. Anschliessend Apéro.

Freitag, 18. September 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Lorzensaal, Dorfplatz 3, Cham ZG, mit den Nationalräten Magdalena Martullo-Blocher, Martin Haab und Thomas Aeschi, Fraktionspräsident. Anschliessend Apéro.

Samstag, 26. September 2026, bis Sonntag, 27. September 2026, SVP-Schiessen 2026, Vorschiesen am Samstag, 12. September 2026, Schützenhaus, Schützenshusstrass 7, Marthalen. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-schiessen.ch.

Mittwoch, 30. September 2026, 09.45 Uhr, Alträte-Treffen, WIN4 Ballsport-Arena, Grüzefeldstrasse 32, Winterthur. Besuch und Führung. Weitere Informationen unter t.f.weber@bluewin.ch.



43. Kantonales



Jetzt anmelden!

SVP-Schiessen
12. / 26. - 27. Sept. 2026
Schützenhaus Marthalen
Schützenshusstrass 7, 8460 Marthalen
ALLE SIND HERZLICH EINGELADEN!



Zum Standort

Schiessbetrieb	Samstag, 12.09.26	09.00 - 16.00 Uhr
	Samstag, 26.09.26	09.00 - 16.00 Uhr
	Sonntag, 27.09.26	08.30 - 12.00 Uhr



Romaine Rogenmoser
Präsidentin des Kantonsrats, SVP



Sa 26.9. 15:30–18:00:
Winti Fäger
So 10:00–14:00:
Echo vom Arni

Weitere Informationen
svp-schiessen.ch





SVP
Die Partei des Mittelstandes



Marthalen
(MB)

Gold-Sponsoren

- DOHNER AG, Andelfingen
- Nägeli & Co Baugeschäft, Marthalen
- Stutz AG Baggerunternehmung, Marthalen



Die SVP Birmensdorf lädt zum Grill!

Die SVP Birmensdorf lädt Sie herzlich zum Polit-Grill am 11.9.2026, ab 18.30 Uhr, in der Waldhütte Ettenberg ein.

Nationalrätin Nina Fehr Düsel wird als Gastreferentin sprechen.

Wurst und Getränke werden offeriert.

Anmeldung unter:
yannik.haelg@svp-birmensdorf.ch oder
076 434 22 34



Der Vorstand der SVP Birmensdorf

NEIN
am 27. September 2026

**KEIN ZWANG
ZUR STERBEHILFE**

«Ich möchte selbst wählen, in welchem Pflegeheim ich lebe – mit den Werten, die für mich stimmen.»

